

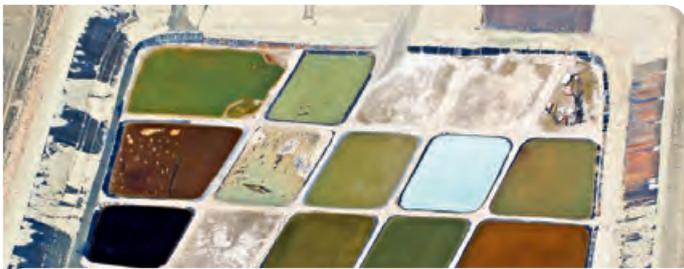


WAS TTIP FÜR DIE UMWELT BEDEUTET

FRIENDS OF THE EARTH AUSTRIA
DIE ÖSTERREICHISCHE UMWELTSCHUTZORGANISATION

GLOBAL 2000





Inhalt

- 3 **Vorwort**
- 4 **Was TTIP bedenklich macht**
- 5 **Woher wir wissen, was uns mit TTIP blüht**
- 6 **Mehr Gentechnik für die EU?**
- 8 **Mahlzeit: Hormonfleisch und Antibiotika**
- 10 **„Moderne“ Landwirtschaft: Klonfleisch und Käfige?**
- 12 **Freie Bahn für Pestizide?**
- 14 **Kosmetik – das Comeback der Versuchskaninchen?**
- 16 **Energie – total abgefrackt?**
- 18 **Atomausstieg verhindert?**
- 20 **Alternative Handelspolitik statt TTIP**

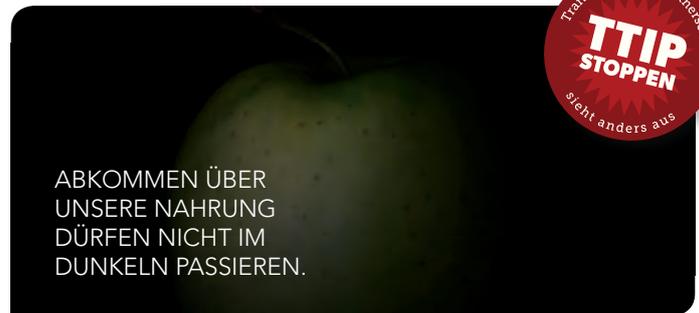
IMPRESSUM: Medieninhaberin, Eigentümerin und Verlegerin: GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Heidemarie Porstner, Redaktion: Carin Unterkircher, Lektorat: Astrid Breit, Layout: Hannes Eder, Bildbearbeitung: Steve Wyckoff, Fotos: GLOBAL 2000/ Christoph Liebentritt (Cover, S.5, S.20), GLOBAL 2000/Stella Haller (S.7), GLOBAL 2000/Martin Aschauer (S.18/19), EcoFlight (S.2, S.17), Reichl und Partner (S.3), shutterstock (S.4, S.8, S.13, S.15), united creatures (S.11), Druck: Druckerei Janetschek GmbH, 3860 Heidenreichstein, Ausgezeichnet mit dem Österreichischen Umweltzeichen „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“, UWNr. 637. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Vorwort

Seit Juli 2013 wird das Handelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der EU und den USA verhandelt. Geheim und hinter verschlossenen Türen. Was wir aus uns zugespielten Dokumenten wissen, gibt Anlass zur Sorge um Umweltstandards, die wir in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft haben.

Ziel des Abkommens ist es, Handelshemmnisse abzubauen. Als solche gelten etwa die strengen EU-Regelungen für Gentechnik oder Chemikalien, aber auch Gesetze zum Schutz der Umwelt und der KonsumentInnen. Einmal mehr sollen multinationale Konzerne das Sagen haben.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, warum unsere Umwelt durch TTIP in Gefahr ist.



ABKOMMEN ÜBER
UNSERE NAHRUNG
DÜRFEN NICHT IM
DUNKELN PASSIEREN.

Ausschnitt aus dem Plakat zum internationalen TTIP-Aktionstag



Was TTIP bedenklich macht

Zwei wesentliche Aspekte in TTIP gefährden unsere Umweltstandards:

- ✳ Das umstrittene **Investoren-Staats-Klagerecht ISDS**: Mit ihm sollen Konzerne vor eigens dafür geschaffenen, privaten Schiedsgerichten Staaten verklagen können. Unter anderem dann, wenn diese Maßnahmen umsetzen, um Umwelt und KonsumentInnen zu schützen, den Konzernen dadurch aber gleichzeitig Gewinn-Einbußen drohen.
- ✳ Mit der **„Regulatorischen Kooperation“** sollen Standards angeglichen oder gegenseitig anerkannt werden. Das berühmte Chlorhuhn soll also künftig auch in der EU als unbedenklich gelten. Ein Gremium von HandelsexpertInnen aus EU und USA soll neue Regelungen (Richtlinien, Gesetze, Verordnungen, ...) in Zukunft auf ihre handelshemmenden Auswirkungen überprüfen. Umwelt oder die Sicherheit der KonsumentInnen sind hier nicht von Interesse.

Woher wir wissen, was uns mit TTIP blüht

Als Vorlage für TTIP gilt das Handelsabkommen **CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement)** zwischen der EU und Kanada. Der CETA-Vertragstext wurde im September 2014 fertig verhandelt und ist mittlerweile öffentlich zugänglich. Anhand dieser Dokumente können wir einschätzen, was mit TTIP auf uns zukommen wird.

Der CETA-Text gilt zwar als fertig verhandelt, doch durch die wachsende Kritik können wir vielleicht auch dieses Abkommen noch verhindern.



Mehr Gentechnik für die EU?

Die Mehrheit der europäischen Bevölkerung lehnt Gentechnik in der Landwirtschaft und in unseren Lebensmitteln ab. Derzeit haben wir in der EU strengere Richtlinien für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) als in den USA und der Anbau von Gentech-Pflanzen in der EU hält sich in Grenzen. In Österreich ist aufgrund des Widerstands von GLOBAL 2000 und der Zivilgesellschaft der Anbau von Gen-Pflanzen verboten. Auch gibt es so gut wie keine Gentech-Lebensmittel auf dem europäischen Markt.

In den USA setzen weite Teile der Landwirtschaft auf Gentechnik. Seit Februar 2015 ist sogar ein Gen-Apfel zugelassen, der nicht braun wird. Lebensmittel mit Gentechnik sind in den meisten US-Staaten nicht gekennzeichnet.

Konzerne fordern:

- eine Lockerung oder Aufhebung der verpflichtenden Gentechnik-Kennzeichnung bei Lebens- und Futtermitteln in der EU.
- eine Aufhebung der Nulltoleranz für den Import von GMOs, die in der EU nicht zugelassen sind.
- eine Öffnung des europäischen Marktes für mehr Gentechnik-Futtermittel-Importe.
- verstärkten Anbau von Gentechnik in der EU.



Gefahr durch TTIP:

Wir befürchten mehr Gentechnik-Importe und mehr Druck auf die europäischen LandwirtInnen, Gentechnik anzubauen.



Gefahr durch TTIP:

Die Konzentration auf immer weniger multinationale Lebensmittel-Konzerne wird durch TTIP weiter beschleunigt. Kleine ProduzentInnen werden vom Markt gedrängt.

Mahlzeit: Hormonfleisch und Antibiotika

Der wachsende Einfluss von Lebensmittelkonzernen führt in den USA wie in der EU zu einem Überangebot an stark verarbeiteten Lebensmitteln. Produkte von kleinen, regionalen Anbietern werden zurückgedrängt. Lebensmittelkonzerne setzen ihre Interessen im Rahmen von TTIP durch. Unterschiede zwischen der EU und den USA sollen aufgehoben oder gegenseitig anerkannt werden. Im Sinne der niedrigeren Standards.

In den USA:

- ✳ ist eine Behandlung von Hühnern im Chlorbad erlaubt.
- ✳ sind Hormone in der Mast von Rindern und Schweinen zugelassen.
- ✳ werden Antibiotika als Wachstumsbeschleuniger in der Tiermast eingesetzt.
- ✳ findet man gentechnisch veränderte Lebensmittel in jedem Supermarkt – meist nicht gekennzeichnet.

Konzerne fordern:

- ✳ die Zulassung von Importen von Hormonfleisch und Chlorhuhn in der EU.
- ✳ die Lockerung der Kennzeichnungspflicht für Gen-Lebensmittel in der EU.
- ✳ die „geschützte Ursprungsbezeichnung“, die Lebensmittel aus einer bestimmten Region schützen soll, soll aufgeweicht werden. Die „Wachauer Marille“ könnte künftig auch aus Kalifornien kommen.

„Moderne“ Landwirtschaft: Chlorhuhn und Käfigei?

Die Agrarindustrie der EU und der USA hat unter allen Konzern-Lobbys den größten Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen. Mehr Gentechnik, eine leichtere Zulassung von gefährlichen Pestiziden und mehr Massentierhaltung sind das Ziel. Kleinbäuerliche Betriebe und regionale VersorgerInnen geraten unter die Räder. Der Preisdruck durch Produkte mit niedrigeren Standards wird steigen.

Die Agrarindustrie fordert:

- ✳ Landwirtschaftliche Standards auf beiden Seiten des Atlantiks sollen als sicher anerkannt werden. Das heißt: Hormone und Antibiotika in der Tiermast sollen auch in der EU zugelassen werden.
- ✳ Fleisch von geklonten Tieren soll auf den EU-Markt. In den USA ist der Verkauf von Klon-Fleisch zugelassen – ohne Kennzeichnung.
- ✳ Gentechnik soll auch in der EU ausgeweitet und Importe von Gentech-Futtermitteln sollen erleichtert werden.
- ✳ Erleichterten Import von Obst und Gemüse, das mit Pestiziden belastet ist, die in der EU verboten sind.
- ✳ Strenge Tierschutzbestimmungen sollen aufgeweicht werden. So soll etwa die Kennzeichnung von Käfig-eiern, die in der EU verboten sind, fallen.

Ein Vergleich:

In den USA werden über 80 Prozent der Schweine in Ställen mit 5000 Tieren und mehr gehalten. In Österreich wird die Hälfte der Tiere in Ställen mit 400 bis 1000 Tieren gehalten. Ställe über 2000 Tiere sind noch selten.



Gefahr durch TTIP:

Mit TTIP werden kleine Betriebe weiter verschwinden und einige wenige Konzerne werden einmal mehr bestimmen, was auf unseren Tellern landet.

Freie Bahn für Pestizide?

Hier zeigt sich die unterschiedliche Herangehensweise zwischen EU und USA wohl am stärksten: Wenn es darum geht, zu bewerten, was für Mensch und Umwelt als sicher gilt und was besser nicht auf den Markt gebracht werden soll.

In der EU gilt das Vorsorgeprinzip: Bestehen Zweifel über die Unbedenklichkeit einer Chemikalie für Mensch und Umwelt, kann beschlossen werden, sie vorerst nicht für den Markt zuzulassen. In den USA wird ein Produkt erst dann vom Markt genommen, wenn ein Schaden in direktem Zusammenhang mit diesem Produkt nachgewiesen werden kann.

Beispiel Neonicotinoide:

Drei dieser bienengefährlichen Pestizide sind derzeit in der EU verboten. Auch in einigen US-Bundesstaaten sind Neonicotinoide verboten. Chemie-Konzerne fordern eine Aufhebung des Verbots.

Die Unterschiede und was die Konzerne fordern:

- ✱ In den USA sind 82 Pestizide erlaubt, die in der EU verboten sind. Sie stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, erbgutschädigend oder hormonell wirksam zu sein.
- ✱ Die Grenzwerte für Pestizid-Rückstände auf Obst und Gemüse sind in den USA zum Teil massiv höher. Für den Import in die EU sollen sie trotzdem akzeptiert werden. Am besten soll auch die EU ihre Grenzwerte nach oben korrigieren.



Gefahr durch TTIP:

Der Druck der EU- und US-Chemie-Konzerne im Rahmen der TTIP-Verhandlungen ist jetzt schon enorm. Es wird sich weisen, ob die EU-Standards dem standhalten können.

Kosmetik – das Comeback der „Versuchskaninchen“?

Mit TTIP ist eine gegenseitige Anerkennung der Inhaltsstoffe von Kosmetika in der EU und den USA geplant. In der EU sind über 1300 Substanzen für Kosmetika verboten, in den USA gerade mal 11. Zudem müssen Kosmetika in der EU einem Zulassungsverfahren unterzogen werden, in den USA nicht.

Das ist durch TTIP bedroht:

- ✱ das EU weite Verbot von Tierversuchen für Kosmetika.
- ✱ das EU-weite Importverbot von Kosmetika, die an Tieren getestet wurden.
- ✱ eine EU-weite Regelung für hormonell wirksame Chemikalien, auf die wir seit Jahren hinarbeiten.
- ✱ die Kennzeichnung von Kosmetika und Hygieneprodukten z.B. als parabenfrei.



Gefahr durch TTIP:

Durch TTIP sind die Bemühungen, Produkte transparenter und sicherer zu machen, wieder stark in Gefahr.



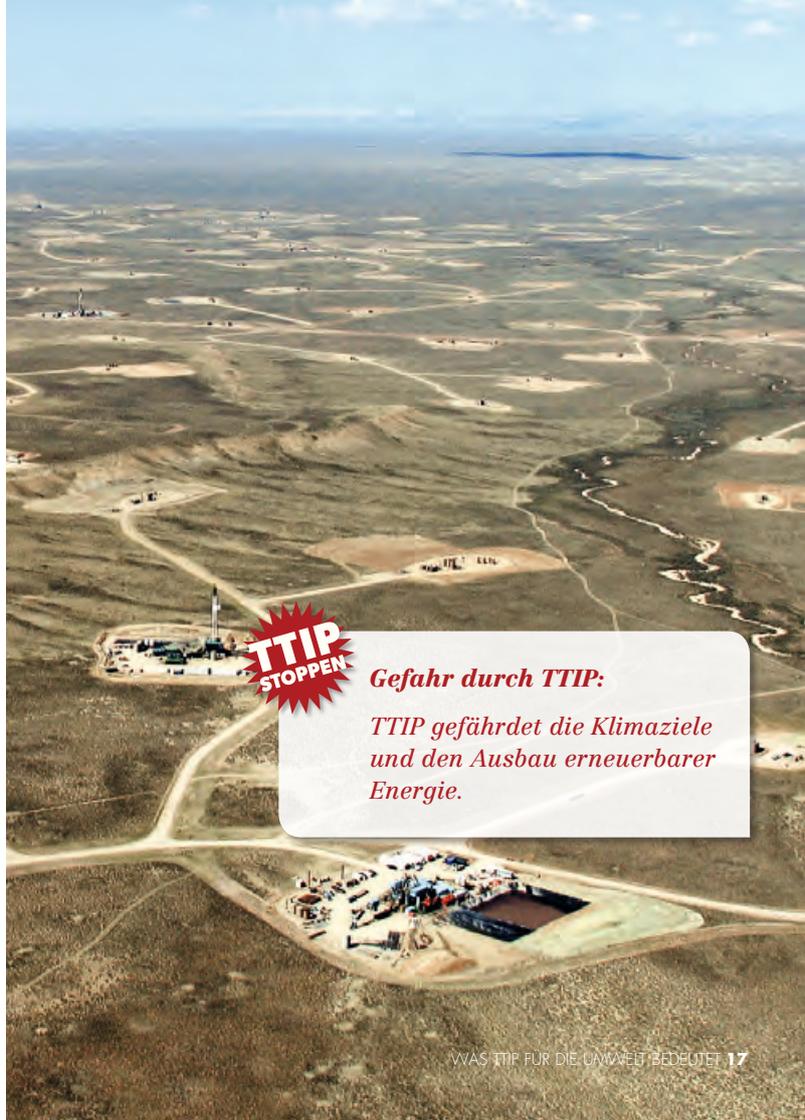
Energie – Total abgefrackt?

Schiefergasbohrungen, auch Fracking genannt, sind seit einigen Jahren auch in Österreich ein Thema. Die Folgen dieser Technologie, die mit umweltgefährlichen Chemikalien Erdgas oder Erdöl aus tiefen Bodenschichten holt, zeigen sich in den USA bereits in verheerenden Bildern. Mehrere tausend Quadratkilometer Land sind durch Fracking unbrauchbar und unbewohnbar geworden.

In der EU haben derzeit zwei Länder ein Fracking-Verbot verhängt, acht zumindest ein Moratorium. Österreich legt Fracking-Vorstößen Umweltverträglichkeitsprüfungen in den Weg. Der Widerstand wächst auch in den USA. In sieben Bundesstaaten gibt es bereits ein ganzes oder teilweises Verbot von Fracking. Doch die USA machen Druck auf die EU, Fracking einerseits auszubauen, andererseits mehr dieser „schmutzigen Energie“ zu importieren.

Erschwerte Energiewende

Die notwendige Energie-Wende und der Ausbau erneuerbarer Energien werden durch TTIP erschwert. Energiekonzerne klagen jetzt schon Staaten, die aus Fracking aussteigen wollen. Durch TTIP werden diese Klagen noch erleichtert. Die USA setzen gerade massiv auf Fracking und lassen damit die Erdölpreise in den Keller rasseln. Damit sind auch die Klimaziele zur Reduktion der Erderwärmung in Gefahr. Eine gemeinsame Strategie zum Umstieg auf erneuerbare Energie ist nicht in Sicht.





Atomausstieg verhindert?

Der schwedische Energie-Konzern Vattenfall hat Deutschland verklagt, weil es aus Atomenergie aussteigen möchte und dem Konzern dadurch „erwartete Gewinne ausfallen“. Klagshöhe: 3,7 Mrd. Euro. Mit TTIP würden solche Klagen zunehmen.

Selbst bei noch so gefährlichen Technologien soll durch TTIP den Konzernen noch mehr Macht eingeräumt werden. Auch die „Regulatorische Kooperation“ wird möglicherweise in Zukunft schon vorab verhindern, dass ein Staat solche Energiewende-Maßnahmen durchsetzt.



Gefahr durch TTIP:

Mit TTIP könnte auch der EU-weite Ausstieg aus Atomenergie deutlich erschwert werden.



Alternative Handelspolitik statt TTIP

- TTIP höhlt durch verschiedene Mechanismen demokratische Instrumente auch zum Schutz der Umwelt aus.
- TTIP betrifft nahezu jeden Lebensbereich.
- TTIP bedroht unsere Umwelt und stellt einmal mehr die Interessen der multinationalen Konzerne in den Vordergrund.

Deshalb müssen wir TTIP stoppen!

GLOBAL 2000 setzt sich mit über 200 anderen Organisationen weltweit für eine alternative Handelspolitik ein, die Menschenrechte und Umwelt an die erste Stelle setzt.

**Unterstützen Sie uns dabei!
Vielen Dank!**

IBAN: AT24 2011 1822 2084 4701
www.global2000.at/spenden

